

**Einbringung  
des Haushaltes der Stadt Hamm  
für die Jahre 2017 / 2018**

**„Nicht alles zur Priorität zu erklären,  
sondern Prioritäten erklären.“**

**Markus Kreuz  
Stadtkämmerer**

**Hamm, den 25. Oktober 2016**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

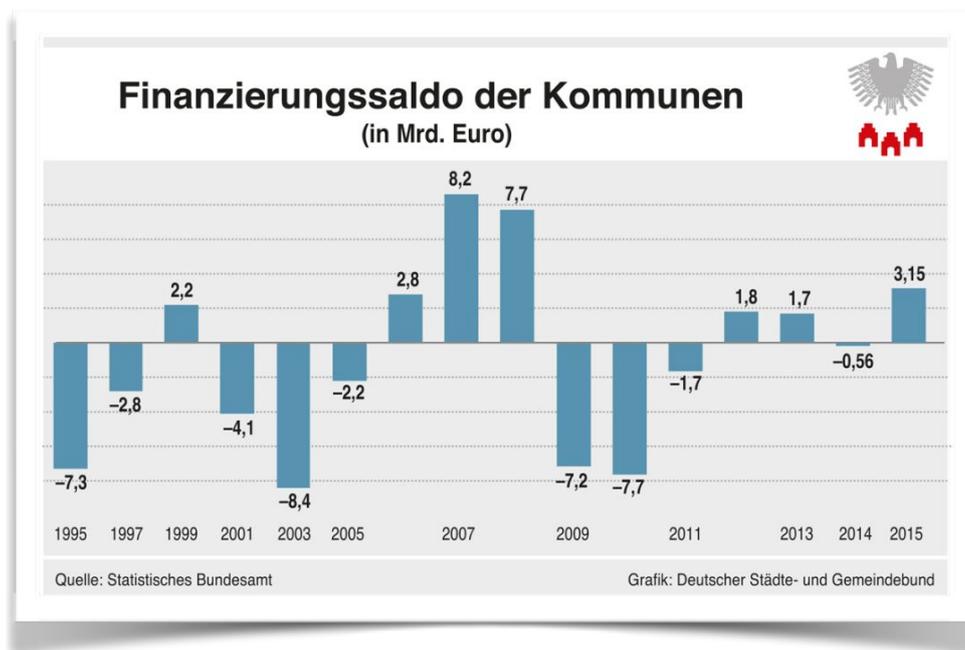
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates,  
sehr geehrte Vertreter der lokalen Medien,  
meine Damen und Herren!

„Nicht alles zur Priorität erklären, sondern Prioritäten erklären.“

Nicht zufällig stelle ich meine Rede zur heutigen Einbringung des Haushaltes der Stadt Hamm für die Jahre 2017 und 2018 unter diese Überschrift. Sie ist Ausdruck der nach wie vor **angespannten Situation unseres kommunalen Etats** und soll sogleich auch deutlich machen, dass mit dem Setzen richtiger Prioritäten auch in Zeiten enger Haushalte vernünftige Impulse gegeben werden können.

## I. Ausgangslage Bund / Land / Kommunen

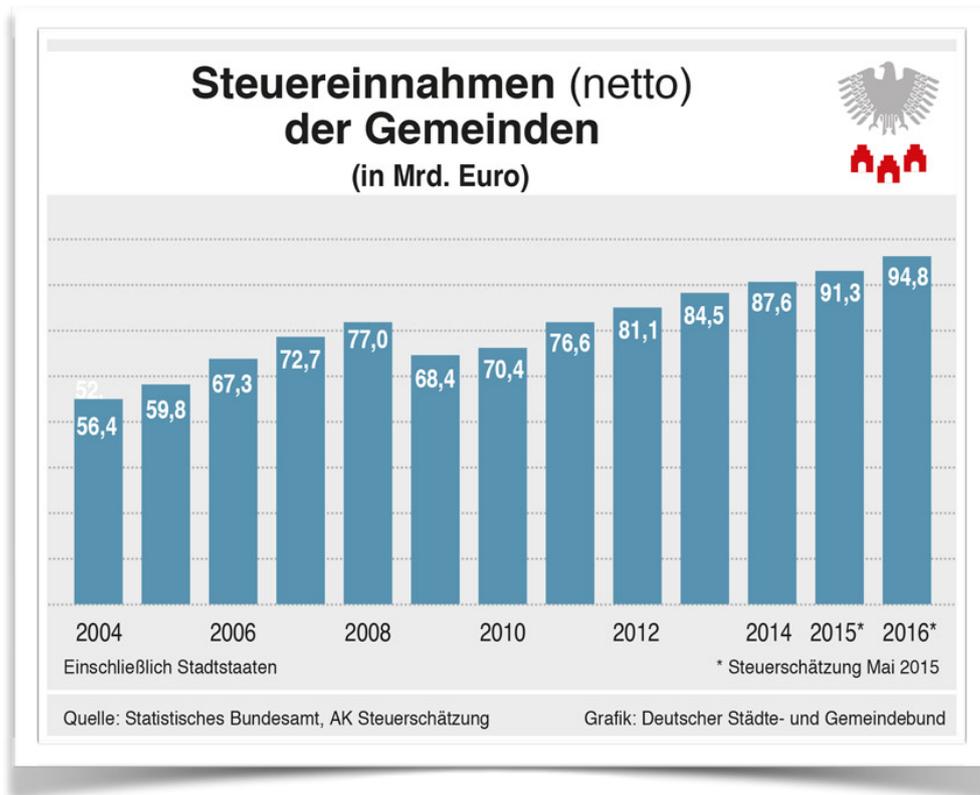
Die **Rahmenbedingungen kommunaler Haushalte** haben sich dabei in den vergangenen Jahren stetig verändert. Zunehmend lässt sich feststellen, dass es finanziell außerordentlich gut aufgestellte Kommunen im Süden Deutschlands gibt. Wogegen in weiten Teilen von NRW, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern die kommunale Haushaltslage teilweise dramatisch ist. Dazu kommen weitere regionale Unterschiede, so auch in NRW selbst.



Insgesamt belief sich der **kommunale Finanzierungssaldo 2015** aller deutschen Städte und Gemeinden auf **3,15 Milliarden Euro Überschuss**. Statistisch gesehen geht es den Kommunen

sogar seit 2012 relativ gut. In den vergangenen vier Jahren betrug der kommunale Finanzüberschuss insgesamt 6,09 Milliarden Euro.

In Hamm zeigt sich übrigens eine vergleichbare Entwicklung: Wir verzeichneten in den gleichen Jahren einen **Überschuss an Liquidität in Höhe von 17,4 Millionen Euro**, die wir 1:1 für die zusätzliche und damit außerordentliche Rückzahlung unserer Kredite genutzt haben.



Die gesamtstaatlichen Haushaltsüberschüsse kommen nicht von ungefähr: Das Niveau der kommunalen Steuereinnahmen ist in den Jahren seit 2004 kontinuierlich - mit der „Delle“ der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 - gestiegen. Von damals 56,4 Milliarden Euro auf heute immerhin 94,8 Milliarden Euro. Also mit einem Plus von 38,4 Milliarden Euro oder rund 68%.

Eigentlich deutet vieles darauf hin, dass die Zeiten knapper Kassen in den Städten der Vergangenheit angehören. Ein Blick auf die **kommunale Gesamtverschuldung** lässt allerdings anderes vermuten. Diese stieg im vergangenen Jahr auf ein neues **Rekordhoch von fast 145 Milliarden Euro**. Das deutet zum einen auf die bereits erwähnte ungleiche wirtschaftliche Entwicklung in den Bundesländern und damit auch Städten unseres Landes hin und macht zum anderen deutlich, dass viele Städte zunehmend wieder dazu übergehen, neue Schulden nicht in ihren Kernhaushalten, sondern in verselbstständigten Betrieben aufzunehmen.



Und die Prognose für das laufende Jahr könnte bundesweit nicht unterschiedlicher ausfallen. Erzielte der Bund im ersten Halbjahr 2016 einen Überschuss von 4,5 Mrd. Euro und die Länder insgesamt ein Plus von 4,1 Mrd. Euro, so sieht es für das Land NRW schon finster aus: In den ersten 6 Monaten des Jahres 2016 sammelte sich ein Fehlbetrag i. H. v. 643 Mio. Euro an.

Ein Trend, der sich auch bei den Städten und Kreisen in NRW finden lässt. Im 1. Halbjahr 2015 betrug deren Minus 372 Mio. Euro, im ersten Halbjahr dieses Jahres waren es bereits 1,2 Mrd. Euro. Die kommunale Verschuldung in NRW hat im ersten Halbjahr sogar um 1,4 Mrd. Euro zugenommen, was im Wesentlichen aus den **sprunghaft angestiegenen Sozialkosten** resultiert: Hier ist ein **Mehraufwand von 842 Mio. Euro oder 10,6%** zu verzeichnen gewesen.

Unterstützt wird diese Tendenz auch von der Entwicklung der kommunalen Kassenkredite, die in 2015 einen neuen Höchststand erreicht haben. Von den bundesweit fast 51 Milliarden Euro an Krediten zur Liquiditätssicherung entfielen allein auf NRW knapp 28 Milliarden; also deutlich mehr als die Hälfte. In Hamm sind es aktuell 140 Mio. Euro, was einem Anteil am gesamten Volumen im Land NRW von nur **0,5%** entspricht.

## Kommunale Kassenkredite 2015



	in Mio. Euro	in Euro je Einwohner
Flächenländer insgesamt	50 943	679
Saarland	2117	2141
Rheinland-Pfalz	6528	1627
Nordrhein-Westfalen	27 953	1585
Hessen	6625	1087
Sachsen-Anhalt	1433	641
Mecklenburg-Vorpommern	704	440
Niedersachsen	2957	378
Brandenburg	770	313
Schleswig-Holstein	800	283
Thüringen	180	83
Sachsen	262	65
Baden-Württemberg	331	31
Bayern	282	22

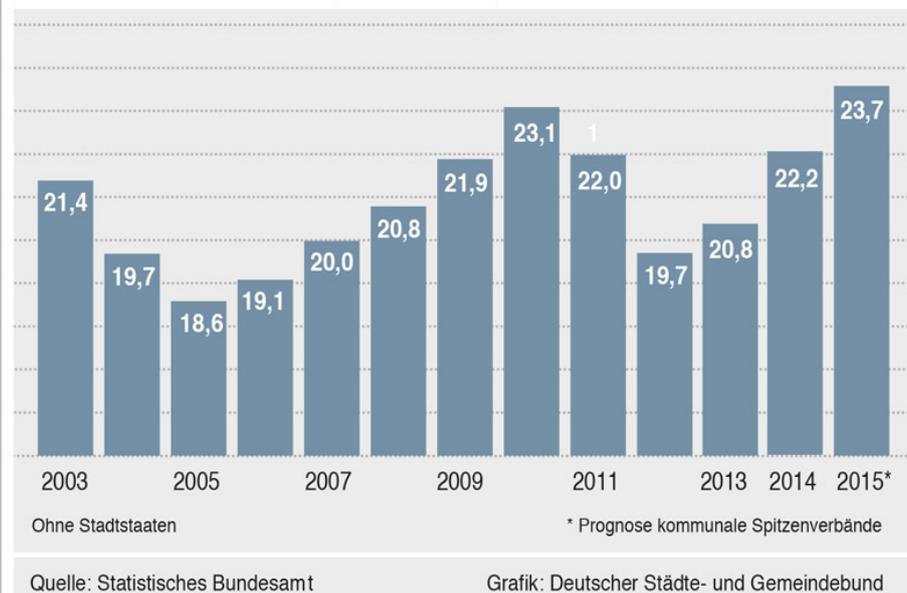
Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung

Grafik: Deutscher Städte- und Gemeindebund

Doch woher kommen dann die Ungleichgewichte gerade in den angespannten Haushalten in NRW? Ein Blick auf das Investitionsniveau macht deutlich, dass dort - leider - nicht der Defizittreiber für die öffentlichen Haushalte liegt. Ohne die Konjunkturprogramme II und III, deren

## Kommunale Investitionen

(in Mrd. Euro)



Einfluss sich in den Jahren 2010 und 2011 sowie ab 2015 ablesen lässt, wäre das **Investitionsniveau der deutschen Kommunen auf einem niedrigen - besser gesagt: viel zu niedrigem - Niveau**. Aus Sicht der Stadt Hamm aber auch nicht verwunderlich: Wenn bei uns im Stärkungspakt die Investitionen auf 50% der ordentlichen Tilgung begrenzt sind, führt dies unweigerlich zu einem Investitionsstau, der aus dem regulären Haushalt nicht aufzulösen ist.

Ich darf erinnern - jenseits aller politischen Kontroversen - dass genau dies der Grund war, die Stadtentwicklungsgesellschaft ins Leben zu rufen. Hin und wieder scheint mir in der politischen Auseinandersetzung über Einzelprojekte verloren zu gehen, dass es handfeste investitionspolitische Gründe für die SEG gab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
die **Kostentreiber in den kommunalen Haushalten** sind bundesweit - und genauso in Hamm - klar und eindeutig auszumachen:



Mit einem **Anstieg von 83%** auf nunmehr **58,5 Milliarden Euro** seit 2004 hat sich der kommunale Anteil an den **sozialen Leistungen** fast verdoppelt. Eine Tendenz, die sich unzweifelhaft auch im Hammer Haushalt wiederfinden lässt.

Ob diese Werte bundesweit für die kommenden Jahre überhaupt gehalten werden können, darf bereits heute bezweifelt werden: Im 1. Halbjahr 2016 stiegen die kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen bereits um 3,3 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr. Alleine 2,9 Mrd. Euro Mehrausgaben resultierten aus dem Zuzug von Menschen nach Deutschland.

Noch dramatischer wirkt diese Entwicklung, wenn die kommunalen **Sozialleistungen ins Verhältnis zu den Investitionen** gesetzt werden. Wir Städte, Kreise und Gemeinden konsumieren im Sozialbereich immer schneller und immer mehr, seit 2011 mehr als doppelt so viel wie im investiven Bereich finanzielle Mittel insgesamt zur Verfügung stehen.



„**Investiv vor konsumtiv**“ - so war und ist seit einigen Jahren der richtige Grundgedanke, dem öffentliche Haushalte folgen sollten. Mehr echte Investitionen in die Zukunft: für Infrastruktur und Arbeitsplätze. Tatsächlich wird der gesamtstaatliche und damit auch kommunale finanzielle **Spielraum komplett im konsumtiven Bereich der Sozialleistungen zu Lasten der Investitionen aufgebraucht**. Dass hieraus ganz zwangsläufig resultiert, dass die finanzstarken Städte und Gemeinden im Süden unserer Republik über eine objektiv bessere und modernere Infrastruktur verfügen, darf niemanden ernsthaft wundern. Das vorhandene Geld kann halt nur einmal ausgegeben werden: Nicht alles kann die gleiche Priorität haben, habe ich eingangs bereits gesagt. Ob die gesamtwirtschaftlichen Prioritäten in Deutschland richtig gesetzt werden, bezweifle ich ausdrücklich.

## II. Rahmenbedingungen für den Haushalt 2017 & 2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,



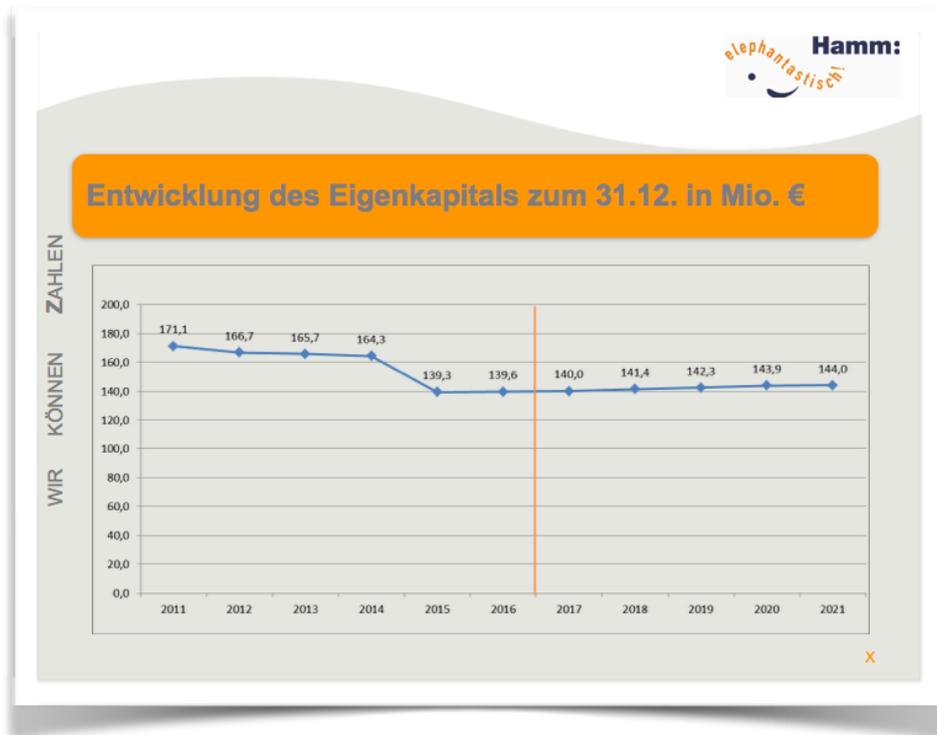
der Ihnen heute vorliegende städtische Haushalt für die kommenden beiden Jahre hat ein **Volumen von mehr als 1,46 Mrd. Euro**. Um genau zu sein:

- in 2017: 721,8 Mio. Euro im Ertrag und 721,4 Mio. Euro im Aufwand sowie
- in 2018: 740,5 Mio. Euro im Ertrag und 739,1 Mio. Euro im Aufwand.

Es ist damit der **finanzstärkste Doppel-Haushalt in der Geschichte der Stadt Hamm**.

Für den nun anstehenden Planungszeitraum gehen wir von **Jahresüberschüssen in 2017 i. H. v. 0,4 Mio. Euro und in 2018 i. H. v. 1,4 Mio. Euro** aus. Auch im mittelfristigen Horizont bis 2021 sehen wir uns für die Erreichung ausgeglichener Haushalte gut aufgestellt. Und das, obwohl die Stärkungspakt-Mittel ab dem kommenden Jahr sukzessive durch das Land reduziert werden.

Die Haushalte der Stadt Hamm sind seit 2012 immer besser gelaufen als wir sie geplant haben. Mehr Solidität geht nicht und findet sich - in aller Bescheidenheit - in wenigen anderen Städten dieses Landes.



Die städtische **Bilanzsumme beläuft sich auf 1,44 Mrd. Euro**. Das **Eigenkapital liegt bei 140 Mio. Euro und damit mit seinen 9,7 %** auf einem nach wie vor stabilen und guten Niveau. Damit sogar über dem Niveau, dass die uns finanzierenden Banken, wie z. B. ein großes Geldhaus in Frankfurt, ihr Eigen nennen.

Eine Solidität, die wir übrigens auf dem Kapitalmarkt merken. Bei Umschuldungen oder Neuaufnahmen von Darlehen bekommen wir in der Regel **günstigere Konditionen** als vergleichbare Städte mit einer schlechteren Haushaltsbewirtschaftung.

Daher möchte ich mich bereits an dieser Stelle bedanken: Diese Leistungen und Erfolge bei der Haushaltssanierung und -ausführung in Hamm wären ohne **mein Team** in der städtischen Finanzverwaltung nicht möglich. Dass ich in den vergangenen Jahren regelmäßig gute Haushaltszahlen verkünden konnte, war zu einem großen Teil **ihr Verdienst!**

Meine Damen und Herren,  
 nach den Regeln des Stärkungspaktes  
 NRW müssen wir als Stadt, die pflichtig an  
 der Stufe 1 teilnimmt, den  
**Haushaltsausgleich erstmalig in 2016 mit  
 Landeshilfen** erreichen. Danach, also **ab  
 2017 bis einschließlich 2021 mit  
 degressiv abnehmenden Landeshilfen.**

Unsere unterjährige Haushaltssteuerung  
 geht davon aus, dass wir in diesem Jahr  
 erstmalig wieder den Haushaltsausgleich in  
 der Ergebnisrechnung erreichen. In der  
 Finanzrechnung gelingt uns das bereits seit dem Jahr 2012.

**Hinweise der BR Arnsberg in der Genehmigung der 5. Fortschreibung des HSP für das Jahr 2016**

WIR KÖNNEN ZAHLEN

a) Die Maßnahmen des Haushaltssanierungsplans sind umzusetzen. Die sich hieraus ergebenden Konsolidierungsziele sind mindestens einzuhalten. **Maßnahmen umsetzen**

b) Für den Fall, dass einzelne Konsolidierungsmaßnahmen nicht umgesetzt werden können, ist eine Regelung zur Kompensation des nicht erbrachten Konsolidierungspotentials zu treffen. **Kompensation**

c) Über das jeweilige jahresbezogene Konsolidierungsziel hinausgehende Haushaltsverbesserungen sind zur Verringerung des jeweiligen Jahresdefizits einzusetzen. **Verbesserungen zum Defizitabbau**

Insgesamt haben sich die Vorgaben durch die Kommunalaufsicht in Arnsberg in den vergangenen Jahren deutlich verschärft:

- Alle unsere Maßnahmen des Haushaltssanierungsplanes sind **zwingend umzusetzen**
- Sofern dies bei Maßnahmen ganz oder teilweise faktisch unmöglich ist, müssen wir die Abweichungen an anderen Stellen **kompensieren**
- Sofern sich unterjährig Verbesserung ergeben, sind diese zwingend zum **Defizit-Abbau** einzusetzen
- Die **Jahresabschlüsse** sind pünktlich und gesetzeskonform vorzulegen
- **Haushaltsreste** dürfen nicht bzw. nur unter bestimmten Voraussetzungen gebildet werden (z. B. KP III, RUN)
- Bei Nichteinhaltung dieser Vorgaben kann die Kommunalaufsicht die **Haushaltsgenehmigung versagen oder widerrufen.**

**Hinweise der BR Arnsberg in der Genehmigung der 5. Fortschreibung des HSP für das Jahr 2016**

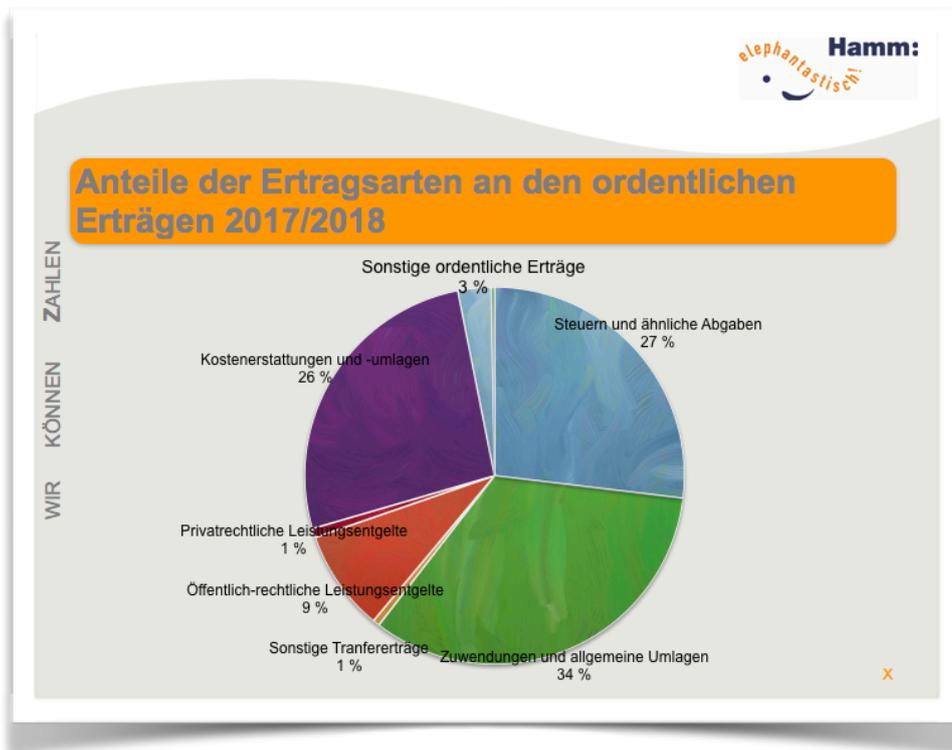
WIR KÖNNEN ZAHLEN

d) Jeweils zum 15. April des Folgejahres ist ein vom Oberbürgermeister der Stadt Hamm bestätigter Entwurf des Jahresabschlusses für das Vorjahr vorzulegen. **Pünktlicher Jahresabschluss**

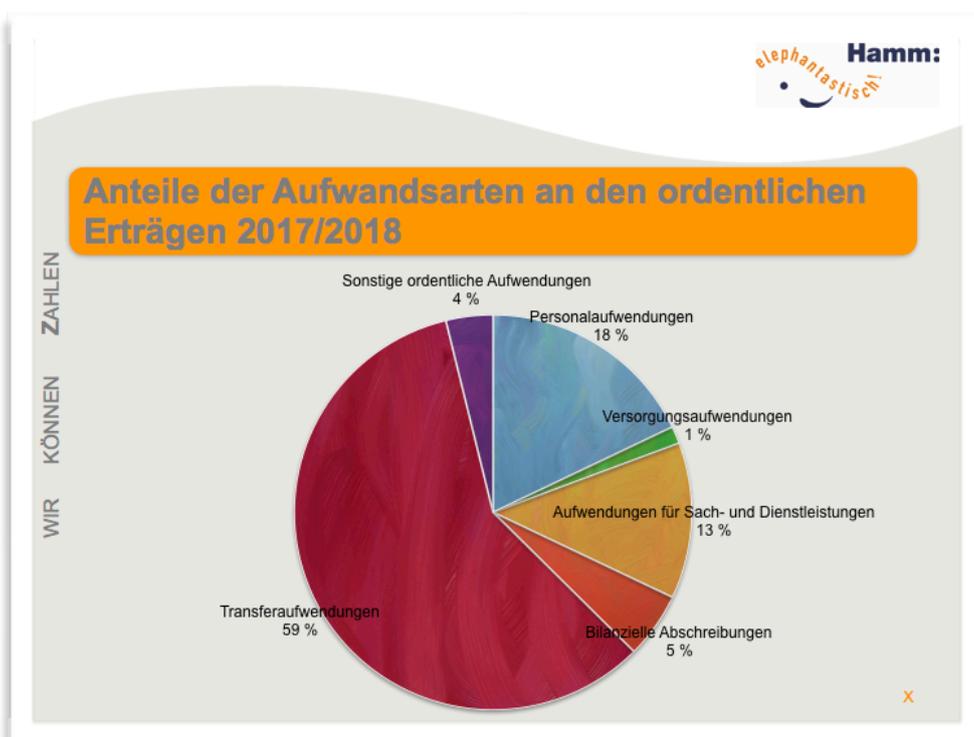
e) Von Ermächtigungsübertragungen ist nicht oder nur zurückhaltend Gebrauch zu machen. Der Umfang der Ermächtigungsübertragungen ist der Kommunalaufsicht mit dem Umsetzungsbericht zum 15. April des Folgejahres mitzuteilen. **Vermeidung von „Haushaltsresten“**

f) Verstöße gegen die unter a) bis e) genannten Grundsätze können sich auf die Genehmigungsfähigkeit zukünftiger Fortschreibungen des Haushaltssanierungsplans auswirken. **Konsequenzen bei Nichteinhaltung**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
 die **größten Ertragspositionen** in den künftigen zwei Jahren finden sich bei den Mitteln aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, dem Gemeindeanteil an der Umsatz- und der Einkommensteuer sowie bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer.



Insgesamt belaufen sich die Erträge aus den „Steuern und ähnlichen Angaben“ auf 27% der Gesamterträge. Bei den Zuweisungen - wie z. B. dem Gemeindefinanzierungsgesetz - beträgt der Anteil sogar 34%. Die 3.-größte Ertragsposition sind Kostenerstattungen und -umlagen,



wogegen die **größten Aufwandspositionen** in den Bereichen Soziales, Personal sowie Sach- und Dienstleistungsaufwendungen liegen. Hierbei macht allein der **Transferaufwand ein Volumen von 59% des Gesamthaushaltes** aus. Erst - fast abgeschlagen - danach folgen die Personalaufwendungen mit einem Anteil von 18% und die Sach- und Dienstleistungen mit 13%.

Meine Damen und Herren,

im großen Block der „Steuern und ähnlichen Abgaben“ findet sich auch die **Gewerbsteuer**, die auf der Ertragsseite **zum Problemkind** unseres Haushaltes geworden ist. Lagen die Gewerbesteuererträge für die Stadt Hamm im Jahr 2012 noch bei fast 70 Mio. Euro, hat sich ihr Volumen auf voraussichtlich 62,5 Mio. Euro in diesem Jahr reduziert. Bei der Haushaltseinbringung Ende 2012 habe ich gesagt, dass „Gott uns beistehen möge, dass die Gewerbsteuer nicht einbricht“. Für diesen „Beistand“ wäre in den kommenden beiden Jahren ein guter Zeitpunkt.

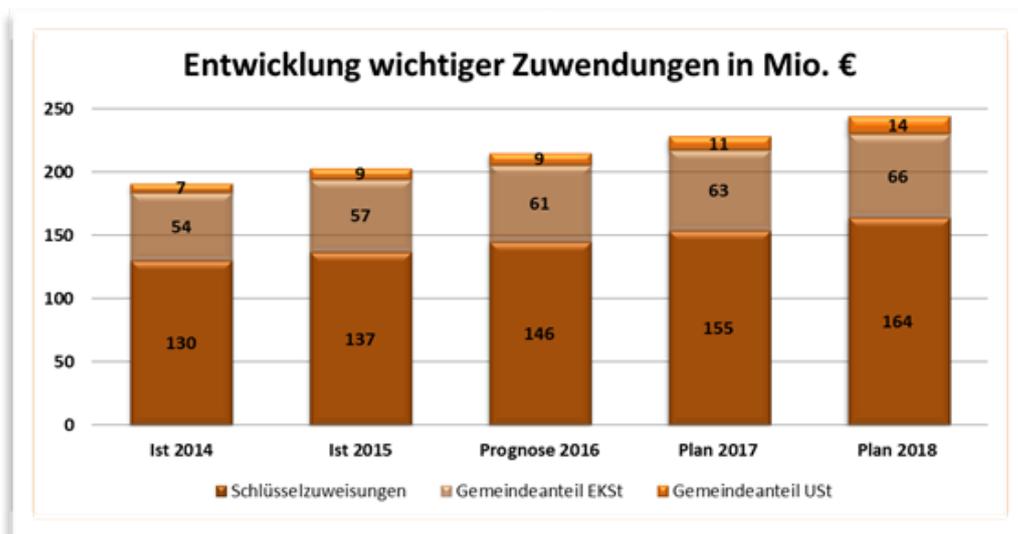


Die Gründe dafür sind vielschichtig: Nach unseren Schätzungen gehen wir davon aus, dass die **negativen Effekte aus der Energiewende mit 12 - 15 Mio. Euro** Ausfällen bei der Gewerbsteuer pro Jahr zu Buche schlagen. Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass die Hammer Gewerbesteuerzahler, die früher ein gutes Osteuropageschäft hatten, heute deutlich weniger Gewerbesteuer zahlen als dies **vor der Krise in der Ukraine und den Sanktionen gegenüber Russland** der Fall war. Und es lässt sich leider auch feststellen, dass die Finanz- und Versicherungsbranche in Hamm immer noch nicht wieder auf ihrem Gewerbesteuer-Niveau von vor der **Wirtschafts- und Finanzkrise 2008** angekommen ist.

Alles in allem bescheidene Aussichten, die durch einen bisher **soliden unternehmerischen Mittelstand** in unserer Stadt bei weitem nicht aufgefangen werden können. Der gesamtwirtschaftliche Aufschwung in Deutschland kommt bei unseren kommunalen Steuern bisher nicht an. Wir haben daher unsere Plandaten für die Gewerbesteuer-Entwicklung weiter nach unten korrigiert, um hier keine Risiken im Haushalt zu haben.

Meine Damen und Herren,

dagegen ist die Entwicklung bei den Zuweisungen durch das Land durchaus erfreulich. Die gesamtstaatliche erfolgreiche Entwicklung bei den Steuereinnahmen lässt nicht nur Wolfgang Schäuble regelmäßig ein Grinsen über das Gesicht huschen. Vielmehr führt es auch dazu, dass die **Verteilmasse im Gemeindefinanzierungsgesetz (GfG)** des Landes NRW in den vergangenen Jahren **regelmäßig größer wurde**. Damit einher gingen auch stetig steigende Erträge aus dem GfG; in den kommenden beiden Jahren mit immerhin 155 und 164 Mio. Euro und damit deutlich über den Vorjahreswerten.



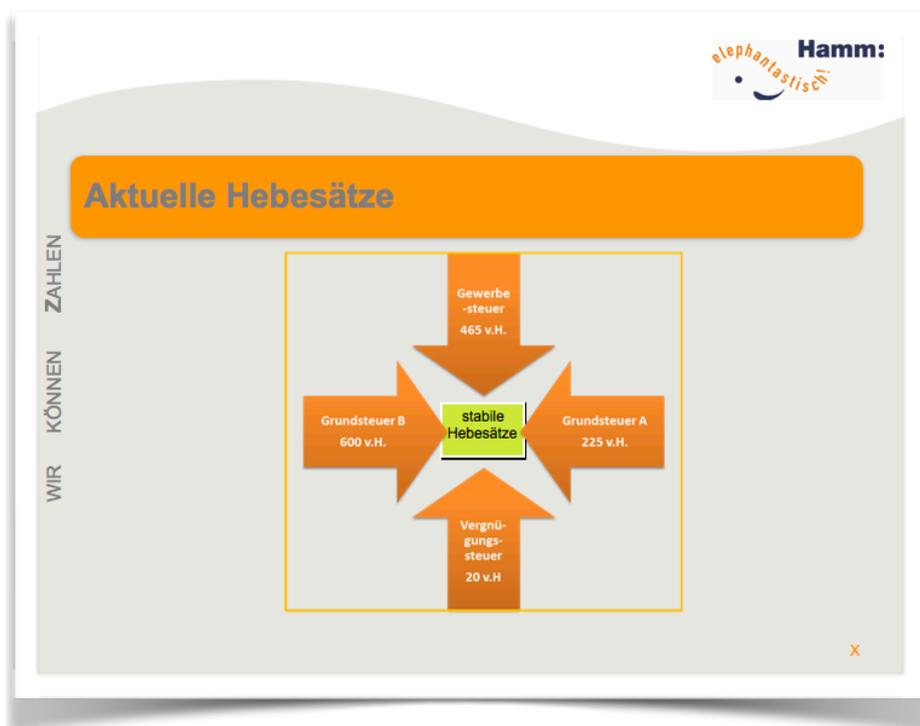
Auch bei den Anteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer haben wir in den vergangenen Jahren eine steigende Entwicklung verzeichnen können, die ebenfalls auf die gesamtstaatlich außerordentlich gute wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen ist. So steigen die Einkommensteuer-Anteile für uns von 54 Mio. Euro in 2014 auf voraussichtlich 66 Mio. Euro in 2018. Bei den Anteilen an der Umsatzsteuer sind ebenfalls hilfreiche Verbesserungen zu vermerken: Dort erreichen wir in 2017 und 2018 11 Mio. Euro bzw. 14 Mio. Euro.

Allesamt Haushaltsentlastungen, die uns geholfen haben andere Belastungen - sei es die wegbrechende Gewerbesteuer oder die weiterhin massiv steigenden Sozillasten - halbwegs auszugleichen. Geld, das uns damit aber leider auch nicht für Investitionen zu Verfügung steht.

**Kurzum: Mehr Geld zu unserer freien kommunalen Verfügung war leider nicht vorhanden.**

Und - vielleicht noch bedrohlicher - die von der Bundesregierung angekündigten Entlastungen für die deutschen Steuerzahler i. H. v. 6,3 Mrd. Euro bezahlen die Städte mit. Allein für die deutschen Kommunen wird hieraus mit Steuerausfällen von mehr als 900 Mio. Euro jährlich gerechnet.

Meine Damen und Herren,  
unsere **kommunalen Steuern bleiben stabil**. Wieder einmal!



Die **letzte Erhöhung der Gewerbesteuer datiert aus dem Jahr 2010** und die **letzte der Grundsteuer B aus dem Jahr 2015**. Letztere wurde damals „freiwillig“ und „bewusst“ angehoben. Nicht zur Sanierung des Haushaltes, sondern zur Erhöhung unseres im Stärkungspakt eingeschränkten Investitionsniveaus.

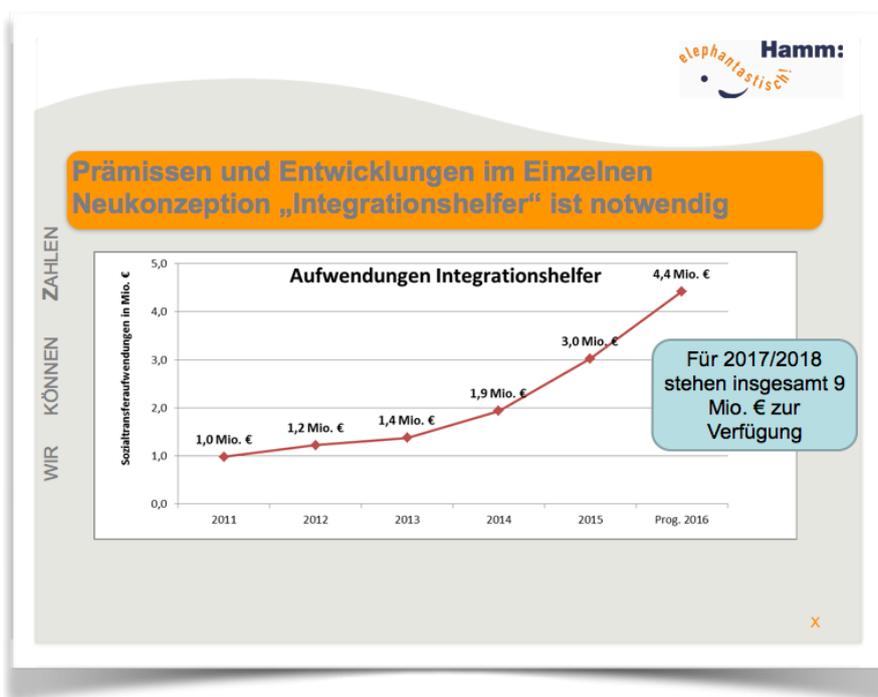
Nach einer Umfrage des Städtetages vom 10. Oktober d. J. lag der durchschnittliche Hebesatz der Gewerbesteuer 2016 bei 489 Punkten, in Hamm bei 465 Punkten. In 2017 voraussichtlich bei 491

Punkten und bei uns weiterhin bei 465 Punkten. Wir haben damit nach Minden den niedrigsten Gewerbesteuersatz in diesem aktuellen Vergleich des Städtetages.

Bei der Grundsteuer B lag der durchschnittliche Hebesatz 2017 nach dieser Umfrage bei 683 Punkten. In Hamm bei 600 Punkten. Im kommenden Jahr werden wir auch hier hinter Minden den zweitniedrigsten Satz haben. Im Durchschnitt wird die Grundsteuer B nach dieser Umfrage des Städtetages auf 700 Punkte ansteigen. In Hamm weiterhin 100 Punkte niedriger liegen.

Unabhängig davon, wie sie die Erhöhung der Grundsteuer vor fast zwei Jahren bewertet haben, Fakt ist: Im interkommunalen Vergleich ist Hamm eine **steuergünstige und vor allem steuerverlässliche Stadt**. Hier zahlen Sie insgesamt wenige Steuern (und Gebühren) und haben ein hohes Maß an Planungssicherheit.

Meine Damen und Herren,  
neben den unterschiedlichen Entwicklungen auf der Ertragsseite lassen sich auch auf der Aufwandsseite des Haushaltes Besonderheiten ausmachen.



Im ohnehin schon **größten Kostenblock der Sozial- und Transferleistungen** gibt es auch diesmal wieder besonders auffällige Entwicklungen. Zu diesen gehört ganz zwangsläufig die regelrechte Kostenexplosion bei den Integrationshelfern. Allein in den kommenden beiden Jahren gehen wir hier von Aufwendungen i. H. v. 9 Mio. Euro aus. Zum Vergleich: in 2011 waren es gerade einmal 1 Mio. Euro.

Ebenfalls ein Tiefschlag und wenig hilfreich für unseren Haushalt ist es, wenn der **Landschaftsverband Westfalen-Lippe handstreichartig** seinen Hebesatz mal um 7% von 16,7%- auf 17,85%-Punkte anheben möchte. **5 Mio. Euro oder 100 Punkte Grundsteuer-Erhöhung** wären die Mehrbelastung für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, wenn wir - wie der LWL - diese Belastung einfach an die Bürgerinnen und Bürger weiterreichen würden.

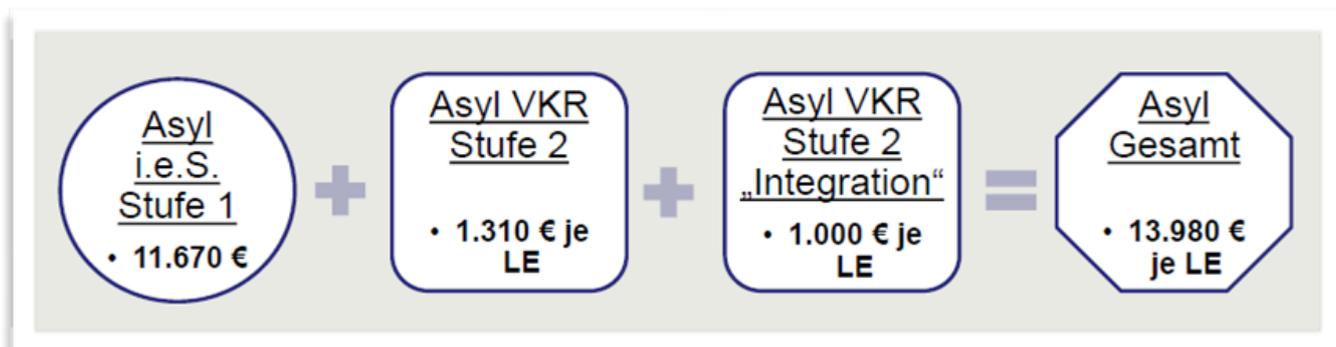
Eingeplant haben wir zunächst eine Steigerung auf 17,3%-Punkte, was bereits eine zusätzliche Belastung für unseren Haushalt i. H. v. 3,4 Mio. Euro bedeuten würde.

Knappe kommunale Kassen sind beim LWL offenbar auch nach rund zwei Jahrzehnten der Haushaltssanierung immer noch ein Fremdwort. Ein bisschen mehr Demut und ein wenig mehr Konsolidierung im eigenen Haus in Münster wären durchaus das Gebot der Stunde, anstatt einfach nur die Städte und Kreise weiter zu belasten.

Meine Damen und Herren,

Ende des vergangenen Jahres haben wir gemeinsam mit der Stadt Hamm, der Fachhochschule Münster und der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister ein Projekt gestartet, um herauszufinden, in welcher Form die **Zuwanderung aus dem vergangenen Jahr unseren kommunalen Haushalt belastet**. Ein Projekt das bundesweit großes Interesse hervorgerufen hat, weil wir die Ersten waren, die mit IST-Zahlen aus einem fertigen Jahresabschluss 2015 aufwarten konnten. Neben interessierten Kommunen, Aufsichtsbehörden, Spitzenverbänden und Hochschulen, flossen die Hammer Zahlen auch in die Beratungen der Konferenz der Landesfinanzminister ein.

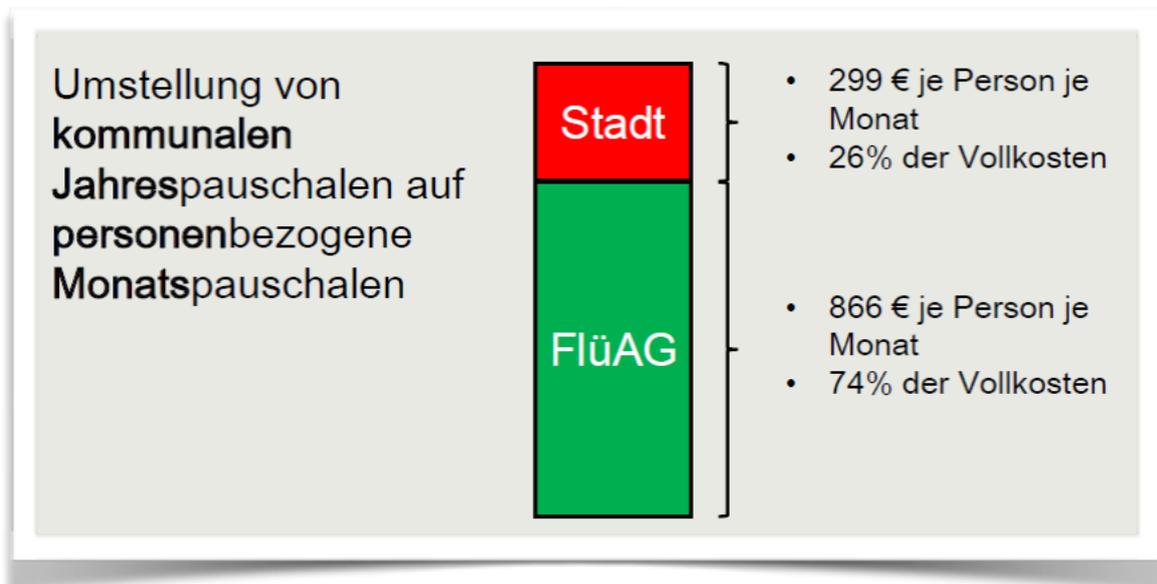
Wir wollten dabei für uns herausfinden, **welcher Aufwand und wo er tatsächlich angefallen ist**, um für die kommenden Jahre eine verlässliche Planungsgrundlage für die künftigen Haushalte zu haben.



Als Ergebnis ergab sich ein **mehrstufiges Modell**:

1. Stufe Asyl i. e. S.: Grundversorgung, Unterbringung, Personal
2. Stufe: Verrechnungen z. B. von Schule, Kita
3. Integrationsleistungen

Insgesamt ergab sich eine finanzielle Belastung im IST für den städtischen Haushalt **je Zugewandertem und Jahr im Schnitt von knapp 14.000 Euro**. Im übrigen im interkommunalen Vergleich ein wirtschaftlicher Wert, da wir - auch aus sozialpolitischen Gründen - sehr stark auf eine Unterbringung in Wohnungen und weniger auf große Sammelunterkünfte gesetzt haben.



Das Problem wird aber deutlich, wenn wir nun dagegen setzen, welche Erstattungen das Land NRW ab dem kommenden Jahr vorsieht:

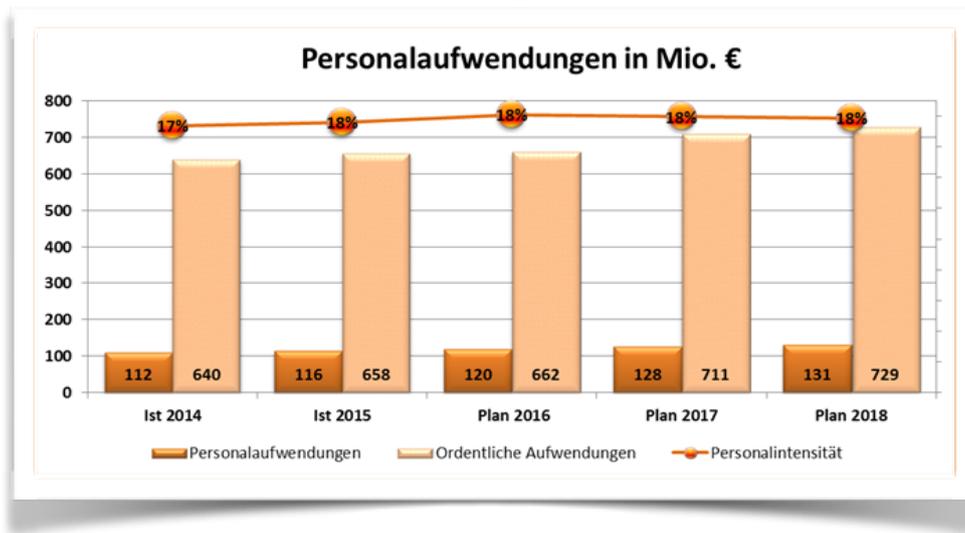
Künftig werden den Städten nicht mehr Jahrespauschalen erstattet, sondern Monatspauschalen. Pro Person soll es einen Betrag von 866 Euro je Monat geben. Entsprechend der bei uns tatsächlich anfallenden Kosten fehlen also 299 Euro pro Person und pro Monat, was durch die Kommune zu finanzieren wäre.

Das ursprüngliche politische Versprechen von Bund und Land gegenüber den Kommunen wäre damit nicht eingehalten. **Zugesagt war, dass die Zuwanderung die kommunalen Haushalte nicht belasten dürfe und solle.** Weder heute bei der Unterbringung und Erstversorgung noch

mittel- und langfristig in den Sozialsystemen. Davon sind wir für die kommenden Jahre derzeit noch ein großes Stück entfernt. Hier müssen Bund und Land gemeinsam mehr liefern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

neben dem Sozialbereich ist der **Personalbereich** naturgemäß in einer Verwaltung ein sehr kostenintensiver Teil.



Seit mehr als 20 Jahren ist der Personaletat geprägt durch die **restriktiven Vorgaben der Haushaltssicherung und des Stärkungspaktes**. In den vergangenen drei Jahren hat es dagegen auch im öffentlichen Dienst wieder deutliche Tarifsteigerungen gegeben, die selbstverständlich am Personalbudget nicht spurlos vorbeigegangen sind und dort zu Steigerungen geführt haben und auch künftig noch führen werden.

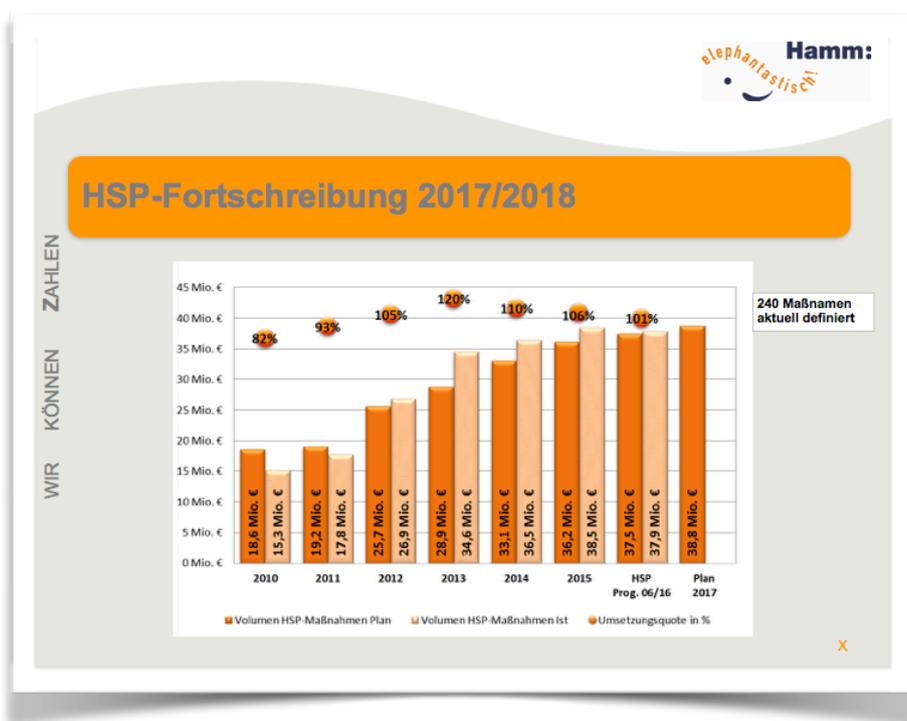
Ebenso erhöht sich das Personalbudget, da es im Haushalt zu Umstrukturierungen kommen wird. Zum 01.01.2017 wird die **Rekommunalisierung des Rettungsdienstes** vollzogen. Damit wechseln die bisherigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma Falck zu uns. Obwohl der Personalaufwand für den Rettungsdienst über die Krankenkasse refinanziert wird, wird er zunächst im Personalbudget ausgewiesen und erhöht dieses damit.

Neben der Rekommunalisierung ergeben sich als weitere besondere Effekte im Personalbudget ab dem kommenden Jahr die **Wiedereingliederung des Museums** in die Kernverwaltung und die Umsetzung der **neuen Entgelttabelle**.

Insgesamt halten wir trotz aller geschilderten Steigerungseffekte unsere insgesamt niedrige und wirtschaftliche Personalausstattung. Der Anteil des Personalaufwandes am Gesamtaufwand des

Haushalts bewegt sich mit 18% auf einem konstanten Niveau. Der Durchschnitt der Städte in NRW liegt deutlich über 20%, manche Stadt liegt sogar über 30%.

Neben einer schlanken Verwaltung, die möglichst wenig Aufwand hat, um sich selbst zu verwalten, war und ist ein wesentlicher Bestandteil unserer städtischen Sanierungserfolge die konsequente **Umsetzung der beschlossenen Haushaltssanierungsmaßnahmen.**

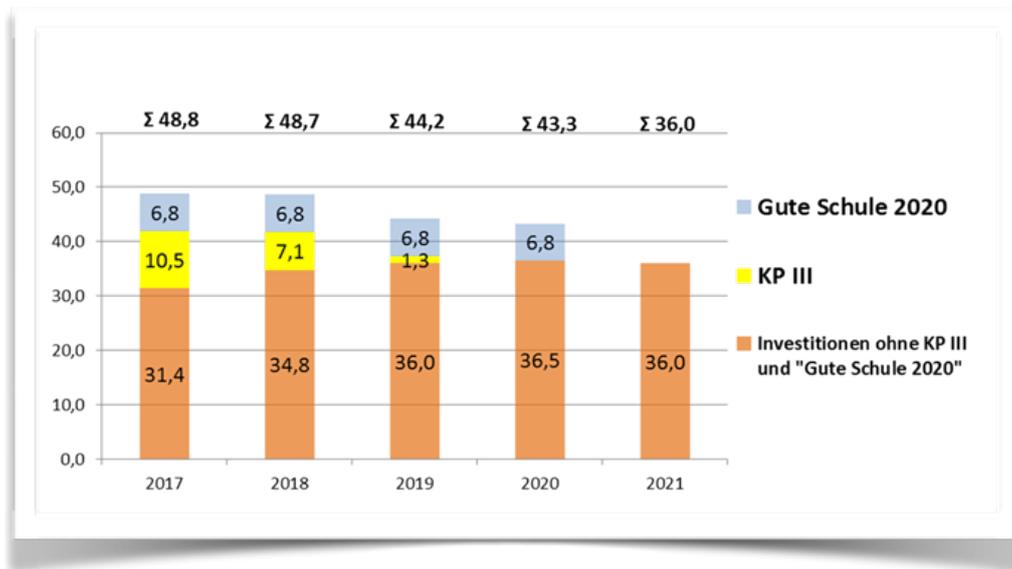


Insgesamt beläuft sich unser eigenes **Sanierungsvolumen** auf über 37 Mio. Euro in 2016 und auf dann **nahezu 39 Mio. Euro in 2017**. Genauso wichtig wie die Gesamtbeträge ist der Erreichungsgrad unserer Maßnahmen. Dieser liegt seit 2012 regelmäßig über 100%, so dass wir bisher mit Fug und Recht sagen können: „Wir halten, was wir versprechen.“

Gemeinsam mit den Landeshilfen aus dem Stärkungspakt ist diese Entwicklung unser Erfolgsfaktor. In 2016 erhalten wir noch einmal 18,8 Mio. Euro vom Land, ab dem kommenden Jahr reduzieren sich diese Mittel planmäßig. Zunächst auf 14,6 Mio. Euro in 2017 und dann auf 10,7 Mio. Euro in 2018. Im Jahr 2020 werden letztmalig Landeshilfen i. H. v. 3,4 Mio. Euro gewährt. 2021 muss der erste Haushalt werden, der ausgeglichen ist und ohne Landeshilfen auskommt.

Die Hälfte dieses Weges haben wir also geschafft. Bislang ist die Kombination aus eigener Sanierung und Stärkungsmitteln in Hamm ein Erfolg für den Haushalt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
 meine Damen und Herren,  
 und der Haushalt hat noch mehr zu bieten als die bereits genannten großen Ertrags- und  
 Aufwandspositionen.



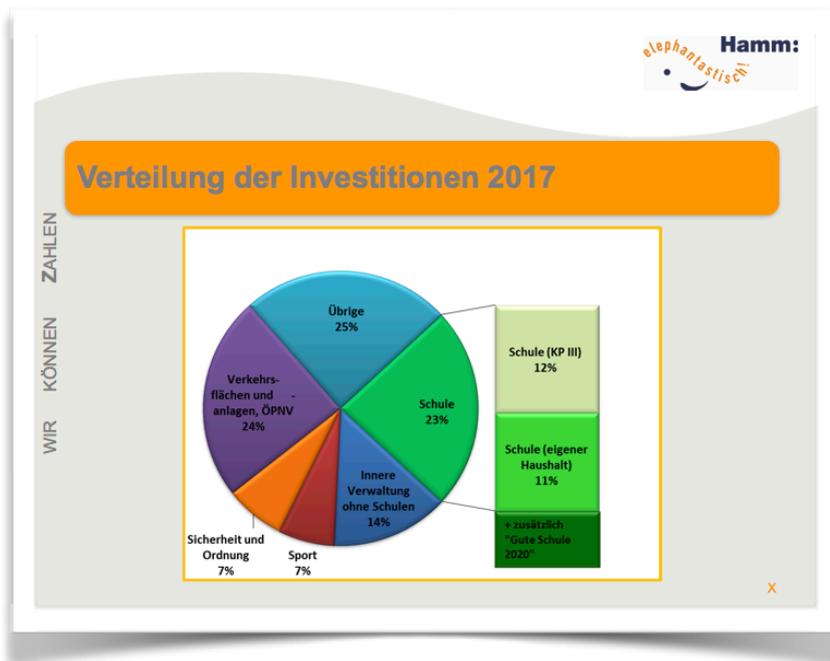
Gerade im Bereich der **Investitionen** gab es seit 2011 keinen stärkeren Haushalt. Neben unserem eigenen, auf **50% der ordentlichen Tilgung beschränkten städtischen Investitionsniveau**, haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder durch Sonderprogramme Investitionen in ausgewählten Bereichen forciert. Zuletzt sei unser kommunales Sonderprogramm für den Sport „**RUN**“ genannt, mit dem wir mehr als **10 Millionen zusätzlich für die Revitalsierung unserer Sportlandschaft** aufgebracht haben.

In den kommenden Jahren - bis einschließlich zum Jahr 2020 - prägen den Investitionshaushalt gleich mehrere Faktoren:

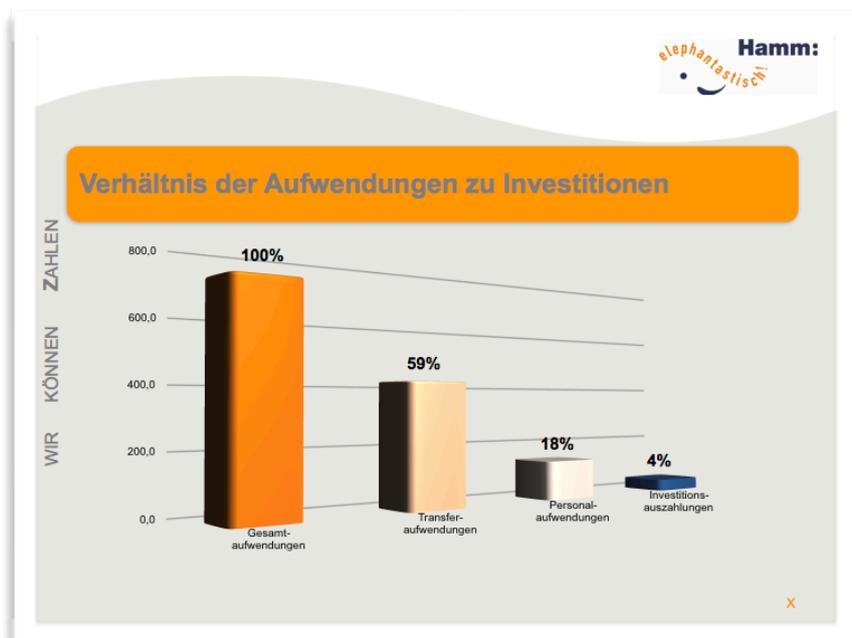
- Die **eigenen kommunalen investiven Mittel** i. H. v. 7,0 Mio. Euro bzw. 6,5 Mio. Euro, die durch Fördermittel, Anliegerbeiträge u. ä. zu 31,4 Mio. Euro im Jahr 2017 und 34,8 Mio. Euro in 2018 werden.
- Die **Fördermittel aus dem Konjunkturpaket III** i. H. v. 20,6 Mio. Euro.
- Die **Mittel aus dem Programm „Gute Schule“** i. H. v. 27,4 Mio. Euro.

Nicht zu vergessen die Mittel für zusätzliche Investitionen, die aus dem Haushalt der **Stadtentwicklungsgesellschaft** zur Verfügung gestellt werden.

Insgesamt stellt sich die **Verteilung der Investitionen** bei den größten Einzelpositionen in den kommenden beiden Jahren im Schnitt wie folgt da:



- Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV 24%
- Schule 23%
  - davon eigene Mittel 11%
  - KP III 12%
  - zuzüglich „Gute Schule“
- innere Verwaltung ohne Schulen 14%
- Sport 7%
- Sicherheit und Ordnung 7%

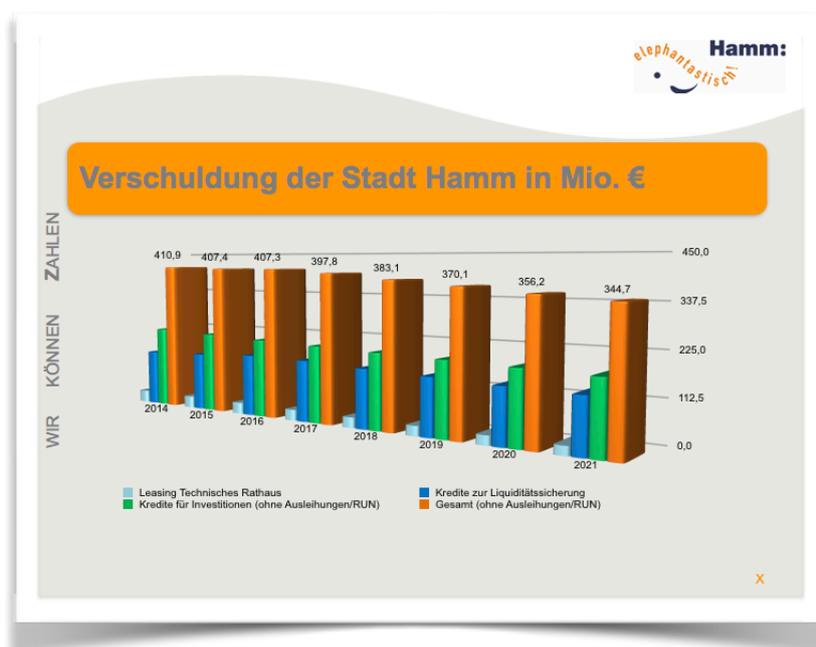


Allerdings muss ich trotz dieser großen Zahlen auch ein wenig Wasser in den Wein gießen. Wenn Sie sich die eigenen kommunalen Investitionsmittel i. H. v. 31,4 Mio. Euro im Vergleich zum Gesamthaushaltsvolumen, zum Personaletat und zum Sozialetat ansehen, können Sie leicht erkennen, wo nicht nur in Hamm, sondern in der gesamten Republik das Problem öffentlicher Haushalte liegt. So betragen die Transferaufwendungen, wie geschildert, 59% des gesamten Haushaltsvolumens, die Personalaufwendungen immerhin noch 18%. Die eigenen Investitionen landen bei lediglich 4%.

Solange wir mehr für den Konsum als für Infrastruktur-Investitionen ausgeben, müssen wir uns auch nicht wundern, dass bestimmte wirtschaftliche und arbeitsplatztechnische Effekte nicht bei uns, sondern woanders stattfinden.

Meine Damen und Herren,  
ich fasse bis hier kurz zusammen:

- **Der Haushalt ist und bleibt ausgeglichen**
- **Keine Steuererhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer**
- **Stärkungspakt- und Sanierungsziele werden wieder erreicht**
- **Höchstes Investitionsniveau in diesem Jahrzehnt**
- **Mit der Kommunalaufsicht in Arnsherg ist das Planwerk vorabgestimmt**



Ebenfalls **außerordentlich erfolgreich** sind unsere **Bemühungen zum Abbau der städtischen Verschuldung**. Betragen die Schulden der Stadt Hamm Ende 2011 noch 424,8 Mio. Euro, lagen sie Ende des vergangenen Jahres nur noch bei 407,4 Mio. Euro, also 17,4 Mio. Euro weniger.

Im Laufe **dieses Jahres zeigt sich eine bisher ebenfalls rückläufige Tendenz** bei den städtischen Schulden. So lässt sich durchgängig in diesem Jahr ein niedrigeres Schulden-Niveau als in den Vorjahren feststellen. Vorbehaltlich des letzten Quartals stehen somit auch in 2016 die Zeichen auf eine weitere Entschuldung der Stadt Hamm.

Im Übrigen: **Auch in Zeiten niedriger Zinsen eine richtige Entwicklung**. Würden wir heute neue Schulden aufnehmen, auch zu niedrigen Zinsen, müssten wir in 10, 15, 20 und 25 Jahren diese Schulden noch mit Zins und Tilgung bedienen. Dann wahrscheinlich wieder zu deutlich höheren Zinsen als heute, was die finanziellen Spielräume künftiger Generationen deutlich einschränken würde. Eine falsche Mentalität, die uns schließlich auch überhaupt erst die Haushaltsprobleme eingebracht hat, die wir heute mit dem Stärkungspakt bekämpfen müssen.

Umso mehr freut es dann, wenn wir auch in der landesweiten Schuldenstatistik jedes Jahr ein wenig besser werden. **Mittlerweile haben wir nach Düsseldorf die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung der kreisfreien Städte in NRW.**

Und sogar unsere heimische Tageszeitung titelte am 09. Juli d. J.: „Besser als Münster“. So falsch kann unser Kurs also nicht sein.



Dass **Hamm besser als Münster** ist, war aber vorher schon klar.

### III. Ausblick

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie haben nun eine Menge Zahlen über sich ergehen lassen. Diese anlässlich einer Haushalts-Einbringung zu nennen, ist mein Job. Das heute vielleicht auch ein wenig zu ertragen, ist Ihr Job. Daraus in den kommenden Wochen etwas Vernünftiges für unsere Stadt zu machen, ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Obwohl es schon oft gesagt wurde, wiederhole ich es trotzdem: Wir als Verwaltung und auch ich persönlich laden Sie herzlich zu einer inhaltlichen Diskussion ein. Wenn Sie Informationen wünschen oder Fragen haben oder mit mir sprechen wollen, melden Sie sich bitte. Ich stehe Ihnen gerne zur Verfügung.

Wir werden am 13. Dezember, wenn der Haushalt beschlossen wird, sicherlich nicht alle die gleiche Meinung haben. Und sicherlich ist es auch so, dass bereits heute der eine oder andere ahnt, ob er dem Haushalt zustimmen wird oder ob er das eher nicht tun wird.

Lassen Sie uns die Diskussionen in den kommenden Monaten anständig führen. Wenn Sie sich die Bilder der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit Anfang dieses Monats in Dresden nochmals in Erinnerungen rufen, erinnern Sie sich an die hässliche Seite unseres Landes. Menschen, die weder den Staat, noch seine Institutionen, noch die handelnden Personen respektieren. Wir sollten in den anstehenden Rats- und Ausschussberatungen - jenseits unterschiedlicher Inhalte - eines gemeinsam versuchen: Wir sollten zeigen, dass Politik und Verwaltung verlässliche und seriöse Partner für die Menschen in unserem Land und ganz besonders in unserer Stadt sind.

Herzlichen Dank!